

SPD einen neuen Präsidenten wählen. Das hätte den Vorteil, dass man daraus kein koalitionspolitisches Signal ablesen könnte, weder in die eine noch in die andere Richtung. Aber bislang hat niemand eine zündende Idee für einen überparteilichen Bewerber. Parteilinke wie Trittin setzen deshalb darauf, einen Grünen im Bündnis mit SPD und Linken durchzusetzen. Alles andere würde der ehemalige Fraktionschef als Niederlage empfinden, das hat er schon signalisiert: „Diesmal ist ein Grüner dran.“

Bis zum Herbst haben SPD, Linke und Grüne Zeit, sich auf die Suche zu machen, auch weil die Union zunächst einmal abwarten will. Ihre Möglichkeiten sind begrenzt. Für einen eigenen Kandidaten hat die Union keine Mehrheit. Für einen gemeinsamen Kandidaten mit der FDP würde es ebenfalls nicht reichen, jedenfalls nicht, wenn es einen rot-rot-grünen Gegenkandidaten gäbe, und für frühere Gedankenspiele, sich mit Frank-Walter Steinmeier hinter einen SPD-Kandidaten zu stellen, ist es vielleicht zu spät. Merkel ist zu geschwächt, um eine derartige Zumutung für die eigene Partei durchzusetzen.

Noch am Sonntag beschlossen Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer, das Thema bis zum Herbst totzuschweigen. In einer Telefonkonferenz des Parteivorstands am Montag gab Seehofer die Losung aus: „Bis Oktober reden wir nicht darüber.“

Auch die SPD spielt auf Zeit, Gabriel hat sein wichtigstes Ziel erst einmal erreicht. Das Signal für einen rot-rot-grünen Kandidaten ist gesetzt. Jetzt kommt es darauf an, was die Beteiligten daraus machen. Wie groß sind die Bedenken gegen eine Linksallianz in der SPD? Wie positionieren sich die Grünen? Und vor allem: Weicht die Linke jene Positionen auf, die bisher allen rot-rot-grünen Planspielen entgegenstehen?

Noch ist die Partei zu keinerlei Abstrichen bereit. Doch Gabriel hofft darauf, dass die Aussicht auf einen linken Präsidenten die Fronten in Bewegung bringt, schon in eigenem Interesse. Er weiß zu gut: Ohne Grüne und Linke wird die SPD keinen Kanzler stellen.

Gabriel muss jetzt kluge Allianzen schmieden, und er muss verschwiegen sein. Sickert zu viel aus den internen Verhandlungen nach außen, das weiß er nur zu gut, kommt kein linkes Bündnis zustande.

Vergangenen Samstag mahnte der SPD-Chef seine Vorstandsmitglieder deshalb per Mail, „cool zu bleiben und absolute Ruhe zu bewahren“. Jeder Name, der jetzt genannt werde, sei „sofort verbrannt“. Dann kam sein wichtigstes Argument: So etwas, schrieb Gabriel, „gefährdet denkbare Bündnisse“.

Markus Feldenkirchen, Marc Hujer, Horand Knap, Ralf Neukirch, Wolf Wiedmann-Schmidt

Kommentar

Die Machtfrage

Parteiengeschacher um den Präsidenten – ja bitte!

Man muss Gustav Heinemann noch immer dankbar sein für seine erfrischend klaren Worte. Am 5. März 1969 wurde der Justizminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Staatsoberhaupt der Bundesrepublik gewählt. Es war denkbar knapp, erst im dritten Wahlgang konnte er sich – mithilfe der FDP – gegen den CDU-Mann Gerhard Schröder durchsetzen. Die unterlegenen Konservativen versuchten, die Wahl zu einer Marginalie herunterzureden, aber Heinemann brachte die Lage mit einem Satz auf den Punkt: „Es hat sich jetzt ein Stück Machtwechsel vollzogen.“

Nichts hat Deutschland in den vergangenen Jahren politisch so gelähmt wie die Unfähigkeit des linken Lagers, einen Konkurrenten zur Kanzlerin aufzubauen. Die Koalitionspartner kamen und gingen, Angela Merkel blieb. Wo sie war, war die Mitte. Zwischendurch war die SPD so verzweifelt, dass sie darüber diskutierte, ob sie überhaupt noch einen Kanzlerkandidaten aufstellen solle. Die Radikalisierung der deutschen Gesellschaft und der Aufstieg der AfD hat auch damit zu tun, dass Merkels Macht mit einer Ewigkeitsgarantie versehen schien. Die Demokratie verkümmert, wenn der Regierungschef keinen echten Rivalen zu fürchten hat.

Am 12. Februar 2017 wird der Nachfolger Joachim Gaucks gewählt. SPD, Grüne und Linke haben dann die Chance, eine Mehrheit gegen Merkel zu organisieren, zumindest im dritten Wahlgang. Es wäre ein Zeichen von enormer Verzagtheit, wenn sie diese Chance ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl ungenutzt verstreichen ließen. Zwar

kann man schon wieder lesen, dass „Parteiengeschacher“ zu unterbleiben habe. Aber das ist eine eher romantische Sicht auf Politik. Die Parteien in der Bundesversammlung haben die Aufgabe, das Staatsoberhaupt zu bestimmen. Entscheidend ist am Ende allein, ob beim Parteiengeschacher ein vernünftiges Ergebnis herauskommt: Der nun so viel gelobte Joachim Gauck war genauso das Ergebnis von Hinterzimmerdiplomatie wie der Unglücksvogel Christian Wulff.

An der Präsidentenwahl wird sich entscheiden, ob sich das linke Lager überhaupt zusammenraufen kann, um Merkel herauszufordern. In erster Linie hängt dies an der Linkspartei. Vor allem

Fraktionschefin Sahra Wagenknecht müsste sich dazu durchringen, vom ihrem biblischen Hass auf die SPD zu lassen. Wenn es ihr wieder nur darum geht, die Sozialdemokraten zu demütigen, hilft das allein der Kanzlerin.

Es gibt Kandidaten, die bei gutem Willen für alle drei Parteien wählbar wären, Winfried Kretschmann zum Beispiel, der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Kretschmann hat schon mit der SPD koalitiert, nun regiert er mit der CDU. Die Wahl des braven Schwaben würde es der Union erschweren, den Bundestagswahlkampf mit der Warnung vor der roten Republik zu führen. Zu verlieren hat die SPD ohnehin nicht viel. Sie leidet vor allem unter ihrer Harmlosigkeit. Wenn Sigmar Gabriel es nicht mal schafft, in der Bundesversammlung das linke Lager zu einen, kann er auf eine Kanzlerkandidatur verzichten.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber man kann aus ihr lernen. Willy Brandt gilt heute als Säulenheiliger der Demokratie, aber zu seiner aktiven Zeit hatte er nichts gegen Parteiengeschacher, wenn es ihm nutzte. Nach Heinemanns Sieg in der Bundesversammlung sagte er: „Das ist ein großer Tag für unsere Partei.“

René Pfister

Es gibt die Chance auf eine Mehrheit gegen Angela Merkel. Es wäre ein Zeichen von Verzagtheit, wenn SPD, Linke und Grüne sie verstreichen ließen.